

sehen Ländern zugunsten der Fortschrittskräfte verändert und in dem diese Kräfte unter Zurückdrängen des militärisch-industriellen Komplexes ihren Einfluß auf die Staatspolitik geltend machen können.

Die Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft betrachten „die Fragen der Gewährleistung des Friedens und der internationalen Sicherheit, der Einstellung des Wettrüstens und des Übergangs zur Abrüstung im engen Zusammenhang mit der Lösung anderer globaler Probleme, mit denen die Menschheit konfrontiert ist: die Überwindung der ökonomischen Rückständigkeit, die Beseitigung des Hungers, der Armut, von Epidemien und Analphabetentum, die Deckung des wachsenden Bedarfs der Menschheit an Energie, Rohstoffen und Nahrungsmitteln, der Schutz der natürlichen Umwelt und die Erschließung der Weltmeere und des Kosmos für friedliche Zwecke“<sup>21</sup>. Um die Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution und die fortschreitende Internationalisierung des Wirtschaftslebens für eine bedeutende Steigerung der Arbeitsproduktivität zu nutzen, schlagen die sozialistischen Staaten den kapitalistischen in dem am 18. Dezember 1985 Unterzeichneten „Komplexprogramm des wissenschaftlich-technischen Fortschritts der Länder des RGW bis zum Jahre 2000“ vor, „daß die internationale wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit globalen Charakter erhalten muß, und betonen ihre Bereitschaft, einen gewichtigen Beitrag bei der Ausarbeitung und Verwirklichung eines einheitlichen globalen Programms auf diesem Gebiet zu leisten“<sup>22</sup>.

Die Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft haben ihre Bemühungen verstärkt, globale Probleme durch planvolles Miteinander zu lösen. Sie haben vor allem hinsichtlich des Energie- und Rohstoffproblems beträchtliche Erfolge erzielt. Auch die Aufgaben zur Erhaltung der natürlichen Umweltbedingungen rücken zunehmend in den Mittelpunkt ihrer Zusammenarbeit. So sind beispielsweise zwischen der DDR und der ČSSR konkrete Festlegungen für gemeinsame wissenschaftlich-technische Lösungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes getroffen wie auch unmittelbar praktische Maßnahmen zur Senkung der Emission von Luftschadstoffen vereinbart worden.<sup>23</sup>

Internationale Beachtung haben die von der DDR seit Jahren zielstrebig durchgeführten Maßnahmen zum Schutz der Umwelt - als fester Bestandteil ihrer Wirtschaftsstrategie wie Sozialpolitik - gefunden. Das bezieht sich beispielsweise auf die Erfahrungen bei der planmäßigen Rekultivierung der Tagebaue, auf die Rückführung von Abprodukten in den Reproduktionsprozeß, auf

21 „Für die Beseitigung der nuklearen Gefahr, für eine Wende zum Besseren in Europa und in der Welt. Erklärung der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages“, Neues Deutschland vom 24.10.1985, S. 2.

22 „Komplexprogramm des wissenschaftlich-technischen Fortschritts der Mitgliedsländer des RGW bis zum Jahre 2000“, Einheit, 1986/2, S. 169.

23 Vgl. „Aus dem Programm der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen der DDR und der ČSSR bis zum Jahre 2000“, Neues Deutschland vom 28.11.1985, S.6.